

Die Berliner Stadtfamilie

Die Ausgangslage – Bürgerpotentiale – Politikpotentiale in Berlin

Ideologische Anschauungen und Weltbilder werden von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend abgelehnt. Umfragen – beispielsweise zuletzt im Februar 2010 vom Institut für Demoskopie Allensbach – verweisen darauf, dass die Menschen zwar durchaus klare Vorstellungen über die grundlegende Ausrichtung der jeweiligen Volksparteien in Deutschland haben, vor allem aber effiziente Lösungen durch die Politik bevorzugen. Der heftige Streit und die erbitterte Auseinandersetzung über grundsätzliche Richtungsentscheidungen aber sind ihnen in der Tendenz eher fremd und stoßen sie ab. Die Bürgerinnen und Bürger wollen in erster Linie wissen, wer für die Probleme, die sie besonders bedrängen, die beste Lösung bereit hält. Das bedeutet allerdings nicht, dass Politik sich nicht von einem klaren Wertefundament aus legitimieren muss. Vertrauen baut sich auf politischer Führung auf.

Deshalb ist es sinnvoll, wenn wir in der politischen Auseinandersetzung nicht alleine auf eine schlechte Regierungsbilanz abstellen, sondern zugleich deutlich machen, dass die Regierungskoalition von SPD und Linkspartei in Berlin in keinem Fall so konsequent, ja fast rücksichtslos, gehandelt hat, wie bei der Umsetzung ihrer ideologischen Vorstellungen – von der Frage des Religionsunterrichtes bis zur Bildungspolitik. Diese Feststellung wiederum ist mit dem Hinweis zu verbinden, dass Ideologie keine Lösungen für handfeste Probleme und Herausforderungen bereit hält. Schon die mangelnde Problemlösung im Falle der Schneeräumung in Berlin oder die Situation im Zusammenhang mit der S-Bahn geben der Vermutung eine Grundlage, dass es hier an grundlegenden Kompetenzen bei der Bewältigung von unmittelbaren Krisensituationen fehlt.

Die große Chance der Christlich Demokratischen Union liegt in dieser Situation darin, dass ihr Beglückungsszenarien und geschlossene Weltbilder fremd sind. Das christliche Menschenbild stellt die Person des Einzelnen nicht nur in seiner unveräußerlichen Würde in den Mittelpunkt allen politischen Handelns, sondern sie geht zugleich von seiner

Fehlbarkeit aus. Die Absolutsetzung ideologischer Vorstellungen verbietet sich vor diesem Hintergrund von alleine.

Wir als CDU müssen den Menschen vermitteln, dass für uns keine Ideologie im Vordergrund steht, sondern dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer segmentierten Gesellschaft fördern wollen. Dem entspricht unser Freiheitsverständnis, nach dem Freiheit niemals nur Freiheit *von* Beschränkungen und Behinderungen ist, sondern die Freiheit *zu* verantwortungsbewusstem Handeln. Unserem Menschenbild entspricht auch unser Staatsverständnis. Es gibt keine künstliche Trennung zwischen Bürgern und Staat, zwischen dem Mandatsträger und dem Träger einer privaten Initiative, zwischen dem Steuerzahler und dem Haushaltsbevollmächtigten. Es sind die Bürger, die den Staat und in unserem Fall die Stadtfamilie bilden.

Die Stadt Berlin war in ihrer Geschichte in existenzbedrohenden Situationen immer wieder auf Hilfe von außen angewiesen, um ihr Überleben zu sichern. Heute hat sie aus sich selbst heraus große Potentiale, für schwierige Probleme kreative Lösungen zu finden. Diese Potentiale liegen nicht zuletzt in der Fülle von gut ausgebildeten, engagierten, kreativen Menschen, die in nur wenigen Städten in so hoher Quantität anzutreffen sind wie in Berlin.

Die Berliner Stadtfamilie

Die Familiendefinition der CDU besagt, dass Familie auch dort ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Warum sollte man dieses Bild nicht auf die Stadt Berlin übertragen? Bilden wir gemeinsam die „Berliner Stadtfamilie“!

Ein gutes Miteinander von Bürgern und Staat, in dem beide ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen und Verantwortung füreinander übernehmen, braucht allerdings einen verlässlichen Rahmen. Privates Engagement und staatliches Handeln müssen gut ineinander greifen. Eine Gesellschaft, in der Engagement für das Gemeinwesen zur Mentalität gehört, stellt sich aber nicht von alleine ein. Sie muss mit klugen und gezielten Anschüben angeregt und gefördert werden.

Wir müssen die „Berliner Stadtfamilie“ vor allem damit begründen, dass angesichts großer Herausforderungen und komplexer Problemlagen neue Wege gegangen werden müssen. Engagement ist keine Frage des Alters oder der Ausbildung, es muss auch nicht viel Zeit kosten. Es hat aber eine große Wirkung – für unser heutiges Miteinander, für künftige Generationen und insbesondere in Krisenzeiten. Auf keinen Fall aber darf Engagement als bloßer Ersatz für fehlende haushaltspolitische Spielräume vor Ort gesehen werden. Denn wenn die Menschen den Eindruck haben, als „Lückenbüsser“ für klamme öffentliche Haushalte zu fungieren, dann werden sie sich für einen freiwilligen Einsatz nicht nachhaltig begeistern lassen. Grundlage ihres Engagements sollte vielmehr die Erkenntnis sein, dass es bei allem technischen Fortschritt und allen modernen Errungenschaften der Kontakt zwischen den Menschen ist, der unsere Gesellschaft menschlich macht und weiterbringt. Jeder noch so kleine Beitrag dazu macht den Unterschied.

Was in dem Stichwort der „neuen Unübersichtlichkeit“ zusammengefasst ist, beschreibt das hohe Ausmaß gesellschaftlicher Segmentierung und Differenzierung, das gerade in einer Metropole wie in Berlin spürbar ist. Das eine „Hemd“, das allen passt, gibt es nicht mehr. Es kommt vielmehr darauf an, alle Potentiale für kreative Lösungen zu mobilisieren. Dort, wo Probleme besonders drückend sind – wenn Parallelgesellschaften zu entstehen drohen, wenn sich Gruppierungen von der Gesellschaft abzukoppeln drohen, wenn Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden sind, wenn Strukturwandlungsprozesse größte Verwerfungen nach sich ziehen – sind es häufig nur noch Lösungen eines guten Miteinanders von Bürgern und Staat, die gegen den Trend neue Perspektiven eröffnen. Die CDU in der „Berliner Stadtfamilie“ wird sich dafür einsetzen, dass Projekte alle Unterstützung und Förderung erhalten, die durch ehrenamtliches Engagement – von Sport bis Ausbildung – gesellschaftliche Integration und sozialen Aufstieg fördern.

Kommunalpolitik als Garant für Bürgernähe

Der rot-rote Senat hat den Zentralismus in Berlin gestärkt. Zielgerichtete Problemlösungen aber entstehen vor Ort. Bürgernähe braucht Verwaltung auf „kurzen Wegen“. Überall dort, wo Engagement zum Wohle des Gemeinwesens wirklich gedeiht, sind es ideenreiche und engagierte Kommunalpolitiker, die neue Wege gehen und die

offen sind für Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern. Die Berliner CDU ist die Kommunalpartei in der Bundeshauptstadt. Sie muss kommunales Engagement stärken und jenen, die sich kommunal engagieren, mit Weiterbildungsmaßnahmen für ihren ehrenamtlichen Einsatz Unterstützung und Beratung anbieten.

Kommunale Mandatsträger sind nicht nur selbst Teil einer aktiven und von ehrenamtlichem Engagement getragenen Gesellschaft, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und damit nach unserem Demokratieverständnis die legitimierten Vertreterinnen und Vertreter ihrer Wähler. Viele gute Initiativen vor Ort scheitern aber auch in Berlin nicht selten an einem Gegeneinander von kommunaler Bürokratie und privaten Initiativen. Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, diese Widersprüche durch ihre Mandats- und Funktionsträger aufzulösen.

Zugleich nimmt die Berliner Union bürgerschaftliches Engagement ernst und sieht darin keine Konkurrenz, sondern eine Chance. Wer die Erfahrung gemacht hat, dass die CDU vor Ort sein Engagement nicht nur gutheißt, sondern ihm aktiv als „Anwalt“ zur Seite steht und ihm hilfreiche Dienste für seinen Dienst an der Allgemeinheit leistet, der wird die CDU nicht nur als eine politische Partei von vielen sehen, sondern als echten Partner für sein Engagement betrachten und sich vielleicht auch bald in der CDU engagieren.

Hindernisse abbauen – Engagement konsequent fördern

Die Akzente, die dagegen der rot-rote Senat zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements setzt, reichen bei weitem nicht aus. Im Wesentlichen beschränken sich die Maßnahmen auf symbolische Initiativen (Freiwilligenpass) und die Vermittlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten (Ehrenamtsbörsen). Verglichen mit anderen Großstädten (z.B. Stuttgart oder München) und europäischen Metropolen (z.B. London) mutet das, was hier für die Förderung von Engagement und Eigeninitiative von Seiten des Senats getan wird, fast lächerlich an. Die Stadt muss als Agentur für ein neues Miteinander von Staat und Bürgern ausgebaut werden. Das reicht von der bürgerfreundlichen und serviceorientierten Verwaltung bis hin zur Koordination von Engagement und Privatinitiative.

Dafür müssen Hindernisse für ein solches Miteinander von Bürgern und Staat abgebaut werden: Vielfach scheitern private Initiativen an einengenden bürokratischen Regeln. Regulierungen, die der Sicherheit von Leib und Leben dienen, sind nicht diskutabel und müssen unangetastet bleiben, aber darüber hinaus bleibt genau zu prüfen, ob nicht „Experimentierfreiräume“ für bürgerschaftliches Engagement in Berlin geschaffen und Vorschriften in solchen Bereichen, in denen privates Engagement besonders wichtig ist, auf ein angemessenes Maß reduziert werden können. Wer beinahe ein Jurastudium benötigt, um eine Initiative zu starten oder zu finanzieren, der wird den Staat als Verhinderer wahrnehmen und sein Engagement als nicht erwünscht empfinden. Wir werden gezielt mit gemeinnützigen Stiftungen, mit Initiativen und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, mit Experten im Rahmen eines Hearings darüber ins Gespräch kommen, wo Regeln als hinderlich betrachtet und welche Missstände hier behoben werden müssen.

Engagement braucht Professionalität und Anlaufstellen. Im Zweifel kostet es weder viel Geld noch beansprucht es viel Raum, in den Bezirksverwaltungen vor Ort Anlaufstellen für Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern einzurichten: Solche „Engagement-Agenturen“, die mit Rat und Tat Initiativen zur Seite stehen, Blockaden abbauen und Hilfe vermitteln, sind es, die bürgerschaftlich engagierten Menschen das Gefühl vermitteln, ihr Beitrag zum Gemeinwohl ist gewollt und erwünscht. Der dadurch entstehende Nutzen steht in keinem Verhältnis zu den entstehenden viel geringeren Kosten.

In ganz Deutschland helfen „Business-Angels“ jungen Unternehmern beim Aufbau einer Existenz. Wir wollen dieses Beispiel auf das Ehrenamt übertragen: Erfahrene pensionierte Beamte und Seniorexperten bieten als ehrenamtliche „Engagement-Engel“ Unterstützung – von der Rechtsberatung über die Finanzierung und die Einwerbung von Spendengeldern, das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Erschließung von staatlichen Fördertöpfen – und öffnen Türen in der Verwaltung. Die CDU Berlin wird Unterstützer für eine solche neue Idee mobilisieren.

Die Berliner Union wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Volkshochschulen und andere Schulungseinrichtungen Weiterbildungen und Seminare für bürgerschaftliches Engagement anbieten.

Durch die Veränderungen des Stiftungsrechtes ist es einfacher geworden, gemeinnützige Stiftungen zu gründen. Die Stadt Berlin kann im Idealfall denjenigen, die eine Stiftung gründen wollen, die in Berlin Personen und Projekte fördert und organisiert, als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Oftmals fehlen solchen Stiftungen und anderen ehrenamtlichen Initiativen Plattformen, auf denen sie ihre Aktivitäten untereinander koordinieren und bündeln können, um ihre Interessen politisch durchzusetzen. Die CDU Berlin wird sich dafür einsetzen, dass eine solche Plattform geschaffen wird.

Engagement - ein Leben lang

Bürgerschaftliches Engagement – ob in sozialen Initiativen, in den Kirchen, in Parteien oder in vielen anderen gesellschaftsprägenden Bereichen – erfordert oft viel Zeit und Mühe, nicht selten investieren Menschen auch ihr privates Geld in Projekte, die sie für sinnvoll erachten. Für dieses Engagement brauchen wir eine neue Anerkennungskultur. Wer Menschen mit einem „Freiwilligenpass“ ohne Wirkung ausstattet, der wird wenig Motivation erzeugen. Die „Berliner Stadtfamilie“ als Initiative der Berliner CDU wird auf einer jährlichen Veranstaltung „Helden des Alltags“ prämiieren und auszeichnen, die sich in beispielgebender Form engagieren. Wir wollen „Ehrenamtsbiographien“ besonders würdigen: Menschen, die ihr ganzes Lebenswerk in den ehrenamtlichen Dienst der Allgemeinheit gestellt haben.

Umfragen zum Thema Ehrenamt zeigen eindrücklich, dass Menschen, die in Familien leben, sich trotz multipler Belastungen insgesamt stärker als andere Bevölkerungsgruppen engagieren. Das bedeutet: Eine gute Familienpolitik, die Familien entlastet und ihnen Freiräume verschafft, ist zugleich Engagementpolitik. Die Berliner CDU wird daher, mit wissenschaftlicher Begleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung, nach Beispielen für familienpolitische Maßnahmen suchen, die sich auf Berlin übertragen lassen: Von konzertierten Aktionen, die den Familien auf Ämtern, aber auch in Wartezimmern Priorität einräumen und damit mehr Zeit verschaffen, bis hin zu Agenturen, die Freiwillige vermittelt, die im Notfall Kinderbetreuung übernehmen können.

Studien beweisen: Wer schon in jungen Jahren positive Erfahrungen mit Engagement und aktiver Beteiligung gemacht hat, der wird sich auch in seinem späteren Lebensverlauf für gesellschaftliche Anliegen stark machen. Initiativen wie die „Kiez-Detektive“, bei denen Kinder aus sozial benachteiligten Familien in Erkundungsgängen durch ihr Lebensumfeld Missstände so vorbringen können, dass sie von politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen werden, sind beispielhaft und müssen einem breiteren Publikum bekannt werden. Die CDU Berlin wird sich nicht nur dafür einsetzen, dass Initiativen, die Kinder aktiv am Gemeinwesen partizipieren lassen, gefördert werden. Sie wird zugleich dafür Sorge tragen, dass an den Schulen Engagement eingeübt, unterrichtet und vorgelebt werden kann. Ein Informationstag zum bürgerschaftlichen Engagement soll – orientiert an praktischen Beispielen und an „Vorbildern“ – für Engagement begeistern.

Schlussfolgerungen

In Berlin gibt es viele Beispiele für herausragendes Bürgerengagement und Bürgernähe: Von der breiten gesellschaftlichen Unterstützung für den Aufbau eines Fachhochschulstandortes in Schöneweide, den vielen Engagierten in Sportvereinen, bis hin zu Quartiersmanagement und Stadtteilmüttern. Die Berliner CDU wird bestehende Initiativen fördern und neue Ideen sammeln und unterstützen. Wir werden Ehrenamt und Engagement als „politisches Programm“ begreifen, das die Dienstleistung an der Zukunft der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund unseres politischen Handelns stellt.

Die CDU hat dafür die besten Voraussetzungen und das unterscheidet sie von politischen Konkurrenten: Es ist die Christlich Demokratische Union, die mit ihren drei Wurzeln, der konservativen Wurzel, die Traditionen bewahrt, der liberalen Wurzel, die den freien, selbst bestimmten und verantwortungsbewussten Menschen will, und der christlich-sozialen Wurzel, die den Zusammenhalt fördern und niemanden zurück lassen will, glaubwürdig wie keine andere politische Gruppierung für eine „neue Fairness“ zwischen Bürger und Staat eintreten kann. Wir in Berlin, wir in der Berliner CDU wollen in diesem Sinne Beispiel geben, weil wir der Überzeugung sind, dass diese schöne Stadt mit Gemeinsinn und Gemeinsamkeit die besten Chancen auf eine gute Zukunft hat. Dafür kämpfen wir!